



Protokollauszug
22. Sitzung vom 1. Dezember 2014

**345/2014 16.04.22 Postulat der Mitglieder der Interfraktionellen Konferenz (IFK)
betreffend Gateway Terminal Limmattal
Antrag auf Abschreibung**

A. Postulat

Am 19. September 2005 reichten die Mitglieder der Interfraktionellen Konferenz (IFK) folgendes Postulat ein:

"Wir bitten den Stadtrat, jegliche Möglichkeit wahrzunehmen, um den Bau des Gateway Terminals Limmattal zu verhindern.

Begründung:

Der kombinierte Güterverkehr ist an und für sich eine interessante Version des Güterverkehrs. Das Limmattal wird bereits wegen verschiedenen, bestehenden Bauwerken stark mit Lärm und Abgasen belastet. Die Prognosen der SBB für den Umlad von Containern von Bahn zu Bahn werden von verschiedenen Fachkreisen als zu sehr optimistisch eingestuft. Diese Einschätzung musste die SBB vor kurzem selbst bestätigen, konnte sie doch ihre angekündigten Ziele im Güterverkehr nicht erreichen. Somit kann den heute kommunizierten Zielsetzungen (nur 30 % Anteil der Zu- und Abfahrten per Camion) kein Glaube geschenkt werden.

Des Weiteren ist zu beachten, dass andere, bereits bestehende Gateways heute nicht ausgelastet sind und bei Bedarf kostengünstiger erweitert werden könnten. Nach den heutigen Erkenntnissen würde das Limmattal durch den 'Gateway Terminal' weiteren starken Emissionen ausgesetzt werden. Dies gilt es mit allen möglichen Mitteln zu verhindern, denn die Stadt Schlieren wird sich auch mit einem Anteil dieser zusätzlichen Emissionen auseinandersetzen müssen."

B. Überweisung

Der Stadtrat beschloss am 26. September 2005, das Postulat entgegenzunehmen, und das Gemeindeparlament überwies den Vorstoss am 3. Oktober 2005.

C. Bericht an das Gemeindeparlament

Aufgrund der Wachstumsprognosen zum Güterverkehr startete SBB Cargo vor neun Jahren einen Planungsprozess mit dem Ziel, im Limmattal eine Drehscheibe für den Import- und Exportverkehr von Containern anzusiedeln. Umgehend leistete nicht nur die Standortgemeinde Dietikon sondern die ganze Region vehementen Widerstand.

Am 26. Juni 2006 trat die Stadt Schlieren der „Gemeindeallianz Lebensqualität Limmattal“ bei und sprach auch einen finanziellen Beitrag. In dieser Allianz schlossen sich auf Initiative der Gemeinde Oetwil an der Limmat die Gemeinden Bergdietikon, Dietikon, Geroldswil, Oberengstringen, Weinin-

gen, Würenlos, Urdorf und Uitikon zusammen, mit dem Ziel, sich in einer Lärmplattform austauschen zu können, wobei der geplante Gateway-Terminal einer der Auslöser war.

Im August 2006 teilte der Stadtrat dem Parlament in einem Schreiben mit, es sei noch zu früh, um von konkreten Ergebnissen berichten zu können. Im Frühling 2009 liess das Komitee „Gateway so nicht“ in den Gemeinden des Bezirks einen Überseecontainer mit dem Transparent „Gateway nein“ aufstellen. Der Container war auch für zwei Wochen in Schlieren auf der Wiese des ehemaligen Jugendhauses positioniert.

Der Stadtrat setzte sich regelmässig gegen den Gateway zur Wehr, in der Regel zusammen mit den anderen betroffenen Gemeinden des Limmattals. Dies geschah zum Beispiel im Rahmen der „Gemeindeallianz Lebensqualität Limmattal“, welche Rechtsanwalt Dr. Thomas Wipf mit einer Eingabe gegen den Eintrag des Gateway im Sachplan Verkehr mandatierte.

Anfang 2013 legten die SBB das Projekt offiziell auf. Die Gemeinde Oetwil reichte eine gemeinsame koordinierte Einsprache ein. Spreitenbach und Dietikon formulierten als direkt betroffene Kommunen zudem auch je eine Einsprache. Auch die Verlade-Industrie übte Kritik am Vorhaben.

Zwar redimensionierten die SBB das Projekt schrittweise und verlegten den Standort von einem eingezonten Entwicklungsgebiet auf das Areal des bestehenden Rangierbahnhofs. Doch grundsätzliche Bedenken blieben nicht nur in der lokalen Bevölkerung, sondern auch in der Transport- und Logistikbranche bestehen.

Wenige Monate nach der öffentlichen Auflage des Projekts berief deshalb das Bundesamt für Verkehr (BAV) im April 2013 eine Terminalkonferenz mit Vertretern der SBB und der verladenden Industrie ein. Letztere kritisierten die Verkehrsprognosen der SBB, die Zentralisierung im stark verkehrsbelasteten Limmattal und die Verpflichtung, 80 Prozent der Container vom Limmattal per Bahn weiterzubefördern.

Im Lauf eines Mediationsprozesses einigten sich die Branche und die SBB schliesslich auf einen Strategiewechsel. Seither steht statt des geplanten Containerterminals im Limmattal eine Stärkung des Standorts Basel sowie der Güterumschlagplätze in den Regionen im Vordergrund.

Im April 2014 zeigte sich, dass das Tauziehen um das umstrittene nationale Gateway-Projekt im Limmattal definitiv ein Ende haben würde. Auf Druck der Transport- und Logistikbranche brachen die SBB die Planung für das 161 Millionen Franken teure Gateway auf Dietikoner Boden ab und konzentrieren sich auf den Standort Basel. Gemäss den Beschlüssen der Terminalkonferenz sollen ausser dem Bau eines Grossterminals in Basel Nord auch die regionalen Terminalstandorte in der Schweiz ausgebaut werden. Der seit sieben Jahren in Dietikon bestehende und bei den Kunden gut etablierte Umschlagplatz soll deshalb im Rahmen der vorhandenen Möglichkeiten ausgebaut werden.

Dies bedeutet, dass das Plangenehmigungsverfahren für das Gateway Limmattal definitiv eingestellt wurde und das Postulat als erledigt abgeschrieben werden kann.

Der Stadtrat beschliesst:

1. Dem Gemeindeparlament wird beantragt zu beschliessen:

Das Postulat der Mitglieder der Interfraktionellen Konferenz (IFK) wird im Sinne von Art. 79 Abs. 2 der Geschäftsordnung des Gemeindeparlamentes als erledigt abgeschrieben.

2. Mitteilung an
- Interfraktionelle Konferenz
 - Gemeindeparlament
 - Abteilungsleiter Bau und Planung
 - Archiv

Status: öffentlich

STADTRAT SCHLIEREN



Toni Brühlmann
Stadtpräsident



Ingrid Hieronymi
Stadtschreiberin